

Stellungnahme zum Antrag

Vorlage Nr.: 2024/0294

Verantwortlich: **Dez. 6**
Dienststelle:
Stadtplanungsamt

Lebenswerte Südstadt - Werderplatz autofrei Antrag: DIE LINKE.

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Planungsausschuss	06.06.2024	2	Ö	Beratung
Sozialausschuss	02.10.2024	5	Ö	Beratung
Planungsausschuss	03.07.2025	1.1	Ö	Beratung
Gemeinderat	29.07.2025	23.2	Ö	Entscheidung

Der Gemeinderat wird um eine Richtungsentscheidung gebeten.

Die Verwaltung empfiehlt zur Entscheidungsfindung eine Ortsbegehung mit Planungs- und Sozialausschuss vorzunehmen. Nach einem ggfs. positiven Stimmungsbild im Planungsausschuss würde die Verwaltung die Begehung rechtzeitig vor der Beratung im Sozialausschuss vorbereiten.

Die planerische/verkehrsrechtliche Konzeption zur Umsetzung einer finalen Entscheidung würde anschließend durch die Verwaltung zur Vorlage an den Gemeinderat erfolgen.

Finanzielle Auswirkungen	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/> Investition <input type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:	Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:
Finanzierung <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input type="checkbox"/> nicht budgetiert	Gegenfinanzierung durch <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates	Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.

CO₂-Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridor Thema:
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit

Erläuterungen

Die AG Werderplatz hat sich in den zurückliegenden Monaten mehrfach mit dem Thema befasst. Der Platz könnte ohne weitere verkehrsplanerische Untersuchungen bzw. größere Umbaumaßnahmen zur Fußgängerzone werden. Der Wegfall der Stellplätze im westlichen Platzbereich ist nicht durch verkehrsplanerische Maßnahmen im unmittelbaren Umfeld kompensierbar. Er stellt jedoch keine spürbare Veränderung der angespannten Gesamtlage in der Südstadt dar. Bedarfsparkplätze in der Marien- oder Wilhelmstraße könnten durch eine verkehrsrechtliche Anordnung bereitgestellt werden. Umbaumaßnahmen sind hierfür ebenfalls nicht notwendig.

Positive Effekte könnten sein:

- Flächengewinn für die Marktnutzung
- Entzerrung der Aufenthaltsorte der unterschiedlichen auf dem Platz vertretenen Gruppen
- Steigerung der Attraktivität des Platzes und der Aufenthaltsqualität

Dem steht die dezidierte Meinung der Gewerbetreibenden entgegen, dass die Parkplätze auf dem Platz für Kunden benötigt würden, da es generell schlechte Parkmöglichkeiten in der Umgebung gibt.

Die AG Werderplatz stellt einen repräsentativen Querschnitt aller relevanten Interessengruppen dar. Die unterschiedlichen Ansichten sind vollumfänglich vertreten. Das Thema wurde ausführlich erörtert und mehrfach von allen Seiten betrachtet. Die Verwaltung geht nicht davon aus, dass eine breit angelegte Öffentlichkeitsbeteiligung wesentlich erweiterte Erkenntnisse bringen würde. Letztlich ist das Thema politisch, unter Zurückstellung der Interessen der einen oder anderen Gruppierung, zu entscheiden.

Eine solche Entscheidung bedarf der Vorbereitung durch gemeinderätliche Gremien. Die dort gewonnenen Erkenntnisse sind bei einer dann möglicherweise gewünschten Erprobung auf Zeit konzeptionell und verkehrsrechtlich zu berücksichtigen. Kurzzeitige Sperrungen können im Rahmen von zeitlich befristeten Veranstaltungen ermöglicht werden.

Der Gemeinderat wird um eine Richtungsentscheidung gebeten.

Die Verwaltung empfiehlt zur Entscheidungsfindung eine Ortsbegehung mit Planungs- und Sozialausschuss vorzunehmen. Nach einem ggfs. positiven Stimmungsbild im Planungsausschuss würde die Verwaltung die Begehung rechtzeitig vor der Beratung im Sozialausschuss vorbereiten.

Die planerische/verkehrsrechtliche Konzeption zur Umsetzung einer finalen Entscheidung würde anschließend durch die Verwaltung zur Vorlage an den Gemeinderat erfolgen.